

**Inhalt****FriEnt-Team**

[FriEnt-Podiumsdiskussion „Frieden entwickeln“](#) 1

[Start in die dritte Phase – Heinrich-Böll-Stiftung neues FriEnt-Mitglied](#) 2

[Briefing: Responsibility to Protect](#) 3

[FriEnt-Stellenausschreibungen: Referent/in und Praktika](#) 3

**Mitgliedsorganisationen**

[BMZ: Desertifikation und Sicherheit](#) 4

[EED: Wahlbeobachtung in Sierra Leone](#) 5

[Konsortium ZFD: Angela König ist neue Sprecherin](#) 5

[Misereor: Transitional Justice in Nepal](#) 6

**Impuls**

[Sven Grimm: Das friedenspolitische Engagement der EU](#) 5

**FriEnt Tipps & Infos**

[Eldis: Informationsdienst für Politik, Praxis und Wissenschaft](#) 9

**FriEnt-Team****Podiumsdiskussion: „Frieden entwickeln“ zum Friedenstag der Vereinten Nationen**

FriEnt lädt am Vorabend des UN-Friedenstages in Berlin zu einer Podiumsdiskussion ein, bei der die Rolle Deutschlands in der internationalen Friedenspolitik beleuchtet werden soll. Im Anschluss an einen Vortrag des ehemaligen UN-Sondergesandten für den Sudan, Prof. Jan Pronk, werden Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Sabine von Schorlemer, TU Dresden sowie Prof. Dr. Konrad Raiser, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen a.D. folgende Fragen diskutieren:

- Wie kann sich Deutschland in der globalen Welt für eine effektivere internationale Friedenspolitik einsetzen?
- Wie tragfähig sind die derzeitigen friedenspolitischen Strategien, deren enge Verknüpfung mit Modernisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen immer häufiger in Frage gestellt werden – siehe Afghanistan, Irak und die Haltungen im UN-Sicherheitsrat zur Sudanfrage?
- Vor welchen Herausforderungen stehen Deutschland und multilaterale Institutionen?
- Welche entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Weichenstellungen müssen im internationalen System gestärkt werden und welche Rolle könnte Deutschland dabei einnehmen?

Die Vereinten Nationen hatten im Jahr 2001 festgelegt, dass der Internationale Friedenstag als ein Tag begangen werden soll, „an dem weltweit Waffenruhe und Gewaltlosigkeit herrschen und für dessen Dauer alle Nationen und Völker aufgerufen sind, die Feindseligkeiten einzustellen.“ Unter anderem werden in der Resolution 55/282 Staaten, internationale Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen aufgefordert, die Öffentlichkeit auf den Internationalen Friedenstag aufmerksam zu machen. Vor diesem Hintergrund lädt die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in Kooperation mit weiteren Organisationen am 21. September 2007 in Bonn zur Veranstaltung „Frieden stiften weltweit“ ein. Im Bonner Kunstmuseum werden Friedensstifterinnen und Friedensstifter aus den Philippinen, Kenia und Bosnien über ihre Erfahrungen in der Friedensarbeit berichten.

**Informationen und Anmeldung**

Susanne Reiff, FriEnt  
[Susanne.Reiff@bmz.bund.de](mailto:Susanne.Reiff@bmz.bund.de)

## FriEnt startet in dritte Phase mit Heinrich-Böll-Stiftung als neues Mitglied

Die FriEnt-Mitgliedsorganisationen haben im August vertraglich vereinbart, die Arbeitsgemeinschaft entwicklungspolitische Friedensarbeit bis zum Jahr 2010 fortzuführen. Zu Beginn der neuen Phase am 1. September findet ein Mitgliederwechsel statt: Die Friedrich-Ebert-Stiftung scheidet nach sechs Jahren Mitgliedschaft aus – dafür wird die Heinrich-Böll-Stiftung in Zukunft die politischen Stiftungen bei FriEnt vertreten.

Struktur und Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft sowie Aufgaben des FriEnt-Teams bleiben in der dritten Phase weitgehend unverändert: Informations- und Wissensmanagement, die Förderung von Vernetzung und gemeinsamen Lernens sowie Kompetenzaufbau und Beratung werden auch in den kommenden drei Jahren die vorrangigen Arbeitsfelder sein. Besondere Aufmerksamkeit erhalten das Wissensmanagement und die Vernetzung auf europäischer und internationaler Ebene. Der FriEnt-Lenkungsausschusses hatte beschlossen, diesen Bereich stärker auszubauen.

### Weitere Informationen

Natascha Zupan, FriEnt  
[Natascha.Zupan@bmz.bund.de](mailto:Natascha.Zupan@bmz.bund.de)

Die Aufgabenstellung bis zum Jahr 2010 stützt sich auf interne Diskussions- und Reflexionsprozesse sowie auf die Ergebnisse einer vom FriEnt-Lenkungsausschuss in Auftrag gegebenen Evaluierung. Diese kommt zu dem Schluss, dass sowohl die Zielsetzung als auch die Handlungsfelder von FriEnt für die entwicklungspolitische Friedensarbeit in Deutschland sehr relevant sind. Empfohlen wird, die Arbeitsgemeinschaft im Rahmen ihres bisherigen Mandats weiterzuentwickeln, aktiv neue Themen aufzugreifen - wie schon mit Transitional Justice oder Responsibility to Protect geschehen - und den Austausch auf europäischer Ebene zu intensivieren.

Die Gutachter Inge Remmert-Fontes und Theo Mutter stellen fest, dass FriEnt als Arbeitsgemeinschaft staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure erfolgreich innovatives Territorium betreten habe, deren konstruktive Zusammenarbeit fördere und als „eine vertrauenswürdige und qualifizierte Informationsquelle und Drehscheibe anerkannt (ist).“ Besonders hervorgehoben werden die Informations- und Veranstaltungsangebote von FriEnt, welche zu Vernetzung und Kompetenzaufbau beitragen. Darüber hinaus sei in der zweiten Phase „ein qualitativer Sprung geschafft worden, der deutlich zur Schärfung des FriEnt-Profiles (...) beigetragen hat.“ Eine Zusammenfassung der Evaluierung wird in Kürze auf der FriEnt-Website veröffentlicht werden.

Die Gutachter Inge Remmert-Fontes und Theo Mutter stellen fest, dass FriEnt als Arbeitsgemeinschaft staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure erfolgreich innovatives Territorium betreten habe, deren konstruktive Zusammenarbeit fördere und als „eine vertrauenswürdige und qualifizierte Informationsquelle und Drehscheibe anerkannt (ist).“ Besonders hervorgehoben werden die Informations- und Veranstaltungsangebote von FriEnt, welche zu Vernetzung und Kompetenzaufbau beitragen. Darüber hinaus sei in der zweiten Phase „ein qualitativer Sprung geschafft worden, der deutlich zur Schärfung des FriEnt-Profiles (...) beigetragen hat.“ Eine Zusammenfassung der Evaluierung wird in Kürze auf der FriEnt-Website veröffentlicht werden.

## Neues FriEnt-Briefing zu „Responsibility to Protect“

„Responsibility to Protect“ war in den vergangenen zwei Jahren ein Schwerpunkt der FriEnt-Arbeit. Bei mehreren Veranstaltungen wurden unterschiedliche Aspekte des Themas wie z.B. die „Responsibility to Prevent“ behandelt. Jetzt liegt ein Briefing Paper von Annette Lohmann (FriEnt/FES) und Marc Saxer (FES) vor, das zum einen das Konzept kurz vorstellt, aber auch auf Möglichkeiten der Umsetzung und die Rolle verschiedener Akteure wie den Vereinten

### Weitere Informationen

Annette Lohmann, FriEnt/FES  
[Annette.Lohmann@fes.de](mailto:Annette.Lohmann@fes.de)

Marc Saxer, FES  
[Marc.Saxer@fes.de](mailto:Marc.Saxer@fes.de)

### Links & Literatur

[FriEnt-Briefing: „Responsibility to Protect“: Vom Konzept zur angewandten friedens- und sicherheitspolitischen Doktrin](#)

Nationen und die Zivilgesellschaft beleuchtet.

Lohmann und Saxer stellen fest, dass das Konzept der „Responsibility to Protect“ in Deutschland bislang verhältnismäßig wenig diskutiert wird. Es sei jedoch wichtig, Politikvorschläge gerade auch zum Aspekt der Prävention aus der deutschen Perspektive in die internationalen, völkerrechtlichen Debatten einzubringen. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt hierfür sei der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ als Referenzrahmen für deutsche krisenpräventive Regierungspolitik.

Letztlich werde es allerdings immer auf den politischen Willen zum Handeln ankommen. Erst ein globaler politischer Konsens könne es zudem ermöglichen, die sich entwickelnde Norm „Responsibility to Protect“ in eine verbindliche völkerrechtliche Norm zu überführen.

### **Stellenausschreibungen bei FriEnt: Referent/in für internationale Netzwerkarbeit und Praktika**

Zum 1. Januar 2008 ist eine Referentenstelle für internationale Netzwerkarbeit im FriEnt-Team erstmalig zu besetzen. Zu den Aufgaben gehören der Ausbau der internationalen Netzwerkarbeit sowie die Bearbeitung von Themen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit auf multilateraler Ebene. Die Stelle hat derzeit einen Umfang von 50 Prozent der regulären Arbeitszeit, eine Erhöhung wird angestrebt.

#### **Weitere Informationen**

Natascha Zupan, FriEnt  
[Natascha.Zupan@bmz.bund.de](mailto:Natascha.Zupan@bmz.bund.de)

#### **Links & Literatur**

[Stellenausschreibung Referent/in](#)

Ob im Bereich des Informations- und Wissensmanagements oder im Rahmen von themen- und länderspezifischen Aktivitäten des FriEnt-Teams: Ab Oktober bietet FriEnt für Studierende im Hauptstudium zwei- bis dreimonatige Praktika an. Interessenten können sich bei FriEnt über aktuelle Aufgabenfelder informieren.

## **Mitgliedsorganisationen**

### **BMZ: Desertifikation und Sicherheit stehen in engem Zusammenhang**

„Umwelt als Waffe ist heute Teil des Krieges“, so der ehemalige EU-Darfur-Beauftragte Pekka Haavisto zur Eröffnung der internationalen Konferenz „Desertifikation und Sicherheit“ am 26. Juni 2007 anlässlich des Internationalen Tages der Desertifikationsbekämpfung in Berlin. Etwa einhundert Teilnehmer aus Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft sowie Vertreter der NATO und der OSZE diskutierten auf der vom Auswärtigen Amt, vom BMZ und von der GTZ organisierten Veranstaltung über den Zusammenhang zwischen Ressourcenverknappung und internationaler Sicherheit sowie über die Verbindungen von Migration, Krisenprävention und Desertifikationsbekämpfung.

„Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Ressourcenverknappung und Konflikten“, sagte Prof. Dr. Nina Buchmann, Ko-Autorin des aktuellen Gutachtens „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Bodenerosion und Bodenversalzung führen heute schon zur Verknappung von Anbauflächen und zu einer sinkenden Produktivität bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln.

Dieser Trend wird durch den Klimawandel erheblich verschärft. Gerade in Trockengebieten wie der Sahelzone wird eine Zunahme von Ernährungsengpässen, Wasserknappheiten und anderen Krisen erwartet. Dies kann in ohnehin krisenanfälligen Regionen gesellschaftliche Destabilisierung und Staatszerfall bis hin zu gewalttätigen Konflikten begünstigen.

Eine besondere Rolle spielt dabei die umweltbedingte Migration. Durch Dürren und Ernteaufschläge können massive Flüchtlingsströme entstehen und das politische Konfliktpotenzial in Transit- oder Zielregionen erheblich erhöhen. Hiervon betroffen sind in erster Linie bereits schwache Staaten im Süden, aber auch der Druck auf Europa und Nordamerika wird zunehmen. Konfliktpotenzial birgt auch die Frage, welche Länder zukünftig für die Kosten der Umweltmigration aufkommen werden müssen.

BMZ-Staatssekretär Erich Stather betonte die Verpflichtung der Industriestaaten, die Entwicklungsländer mit den Folgen des Klimawandels nicht allein zu lassen. Alexander Carius von Adelphi Research erläuterte die Möglichkeiten für ein verstärktes entwicklungspolitisches Engagement im Bereich der Umweltsicherheit. Dass Maßnahmen zur nachhaltigen Ressourcennutzung einen erfolgreichen Beitrag zur Krisenprävention leisten können, zeigte das Beispiel des „Marsabit Development Programme“ der GTZ im Norden Kenias. Übernutzte Weidegebiete und knappe Wasserressourcen trugen in Kenias zweitgrößtem Regierungsbezirk jahrzehntelang zu Konflikten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und deren unterschiedlichen traditionellen Nutzungspraktiken bei. Mit Unterstützung der deutschen EZ konnten verbindliche Regelungen zwischen den Parteien getroffen und Umweltausschüsse zur Koordinierung der gemeinsamen Nutzung von Weideflächen und Wasser eingerichtet werden. So ist es über den Weg des nachhaltigen Ressourcenmanagements gelungen, die verfeindeten Parteien an einen Tisch zu bekommen und einen entscheidenden Beitrag zur Aussöhnung und Konfliktbewältigung zu leisten.

#### Weitere Informationen

Ralf Wyrwinski, BMZ  
[Ralf.Wyrwinski@bmz.bund.de](mailto:Ralf.Wyrwinski@bmz.bund.de)

#### Links & Literatur

[WBGU-Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“](#)

### EED: Wahlbeobachter trugen zu friedlichen Wahlen in Sierra Leone bei

Im Auftrag des Evangelischen Entwicklungsdienstes und des ökumenischen Kirchenrates von Sierra Leone (CCSL) beobachteten vier deutsche EED-Fachkräfte die heiße Wahlkampfphase und den Ablauf der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im August in Sierra Leone. Die Wahlen sind der zweite Urnengang seit dem Ende eines zehn Jahre dauernden Bürgerkrieges im Jahr 2002.

Das EED-Programm zur Wahlbeobachtung hat das Ziel, zu einem friedlichen und fairen Verlauf von Wahlen beizutragen und die Zivilgesellschaft zu stärken. Auf Anfrage von meist kirchlichen Partnern vermittelt der EED regional erfahrene Spezialisten für Kurzzeiteinsätze in Afrika, Asien und Lateinamerika.

„Die Auszählung war geordnet und friedlich. In meinem Wahllokal im Armenviertel Aberdeen wurde im Schein von

#### Weitere Informationen

Angela Dencker, EED  
[Angela.Dencker@eed.de](mailto:Angela.Dencker@eed.de)

#### Links & Literatur

[epd: Stichwahl in Sierra Leone erwartet](#)

Kerosinlampen bis halb neun Uhr abends ausgezählt", sagt Heiko Meinhard, Leiter des EED-Wahlbeobachterteams. Zwar habe es einige umstrittene Stimmzettel gegeben. "Aber zum Schluss haben die Vertreter aller Parteien das Ergebnis akzeptiert und gegengezeichnet."

Dennoch sei die Lage nach der Wahl angespannt gewesen. "Die Straßen in Free-town sind wie leer gefegt, die Leute haben Angst vor möglichen Ausschreitungen", so Meinhard zwei Tage nach den Wahlen gegenüber dem evangelischen Pressedienst epd. Besonders werde befürchtet, dass der Spitzenreiter den für den 6. September vorgesehenen zweiten Wahlgang nicht akzeptiere und versuchen könnte, die Macht vom scheidenden Präsidenten Tejan Kabbah mit Gewalt zu übernehmen.

Die vier Fachkräfte des EED arbeiteten mit elf weiteren internationalen Beobachtern zusammen - Vertretern der Allafrikanischen Kirchenkonferenz aus sieben Staaten. Insgesamt waren etwa 100 internationale Beobachter im Einsatz. Neben den USA, der Europäischen und der Afrikanischen Union beteiligen sich auch mehrere einheimische Organisationen an der Wahlbeobachtung.

### **Konsortium ZFD: Angela König zur neuen Sprecherin gewählt**

Bei einer Sitzung des Konsortiums Ziviler Friedensdienst am 12. Juni in Bonn wurde die EIRENE-Geschäftsführerin Angela König zur neuen Sprecherin gewählt. Sie übernimmt dieses Amt von Walter Hättig, der beim Weltfriedensdienst ausscheidet und das Sprecheramt daher nicht weiterführen kann. Der zweite Sprecher des Konsortiums ist nach wie vor Oliver Martin vom Evangelischen Entwicklungsdienst. Das Mandat beider Sprecher wurde bis Ende 2008 verlängert.

Im FriEnt-Lenkungsausschuss wird Angela König das Konsortium ZFD vertreten, Oliver Martin wird ihr Stellvertreter sein.

#### **Weitere Informationen**

Günter Schöneegg, FriEnt/Konsortium ZFD  
[guenter.shoenegg@bmz.bund.de](mailto:guenter.shoenegg@bmz.bund.de)

#### **Links & Literatur**

[Konsortium Ziviler Friedensdienst](#)

### **Misereor: Transitional Justice ist wichtig für die friedliche Zukunft Nepals**

Der Direktor von Caritas Nepal, Pater Silas Bogati, machte auf die große Bedeutung von Transitional Justice für die weitere Entwicklung seines Land aufmerksam, als er Ende Juni Gespräche bei Misereor in Aachen führte. Zuvor hatte Pater Silas Bogati auf Einladung Misereors an der internationalen Konferenz „Frieden und Gerechtigkeit – Bausteine für die Zukunft“ in Nürnberg teilgenommen.

Der Friedensvertrag, die für November anstehenden Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung und die zunehmende Bereitschaft der politischen Parteien, die Maoisten als Partner einzubeziehen, seien positive Ausgangspunkte. Die fortgesetzten gewaltsamen Auseinandersetzungen im Terai auf der einen Seite und weitere politische Entwicklungen auf der anderen Seite stellten jedoch große Herausforderungen an die Entstehung einer friedlichen und gerechten Situation dar. Vor allem die zunehmende Aufsplitterung der Parteien stehe einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung im anstehenden Verfassungs- und Wahlprozess entgegen. Auf internationaler Ebene bedeute die Einordnung der Maoisten als „Terroristen“ immer noch ein Hindernis für politische Handlungsfreiheit.

In dieser Situation sei es wichtig, Verantwortung für begangene Straftaten im Rahmen entsprechender Institutionen wie Wahrheitskommission oder Justiz herzustellen. Zentral sei jedoch auch, die Fragen von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit anzugehen, die den Konflikten in Nepal zugrunde liegen. Hier bezog sich Pater Bogati auch auf Diskussionen, die in dem von FriEnt organisierten Konferenz-Workshop „Looking Back and Moving Forward: The Nexus Between Development and Transitional Justice“ geführt wurden: Transitional Justice Mechanismen wie Wahrheitskommissionen oder Strafprozesse müssten unbedingt kombiniert werden mit einer Entwicklungsarbeit, die die dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen berücksichtigt.

#### Weitere Informationen

Corinna Broeckmann, Misereor  
[Broeckmann@misereor.de](mailto:Broeckmann@misereor.de)

Dr. Günter E. Thie, Misereor  
[G.E.Thie@t-online.de](mailto:G.E.Thie@t-online.de)

In Nepal verlange dies grundlegende Änderungen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen System. Die Frage nach den Trägern dieser Änderungen ließe sich derzeit jedoch nur schwer beantworten: Die im Vorfeld zum Friedensvertrag und während der ersten politischen Schritte sehr aktive Zivilgesellschaft sei inzwischen stark von den politischen Parteien und deren

Interessen vereinnahmt und an den Rand gedrängt worden. Damit bliebe im Moment eine entscheidende Frage, wieweit die Wahlvorbereitungen so gestaltet werden können, dass sie eine Öffnung für weitere politische Prozesse ermöglichen.

In dieser Situation unterstützt Misereor zusammen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) Caritas Nepal und andere nepalische Partnerorganisationen mit einem Projekt zur „Stärkung des Demokratieprozesses in Nepal“, bei dem es um Aufklärungsarbeit besonders der ländlichen Bevölkerung über politisch-bürgerliche Rechte und Demokratiefragen im Vorfeld der Wahlen geht. Für Ende September lädt Misereor gemeinsam mit dem EED und anderen deutschen und nepalischen Organisationen zu einem Fachgespräch nach Berlin ein, an dem auch nepalische Gäste teilnehmen werden. Dabei wird es auch um Fragen zur Förderung von Gerechtigkeit in Nepals Übergangssituation gehen. Die FriEnt-Mitgliedsorganisationen werden die Gesprächsergebnisse im Anschluss bei ihrem Arbeitstreffen auf konkrete Arbeitsschritte hin diskutieren.

## Impuls

### Das friedenspolitische Engagement der EU nach der deutschen Ratspräsidentschaft

*Das Jahr 2007 bietet Deutschland die Gelegenheit, sein Profil in der globalen Strukturpolitik zu schärfen. Neben dem G8-Vorsitz für das ganze Jahr hatte Deutschland in der ersten Jahreshälfte 2007 auch die EU-Ratspräsidentschaft inne. Im Juni verhandelte Deutschland ein konkretes Mandat für die Regierungskonferenz zur EU-Reform und konnte dabei wichtige Aspekte des Verfassungsentwurfs wie z.B. das Amt des EU-Außenministers erhalten, auch wenn der Titel geändert wurde. Auch ein gemeinsamer Außendienst ist wieder in der Planung. Über diese großen Reformlinien hinaus bestehen aber auch eine Reihe von europäischen „Baustellen“ in der Friedens- und Entwicklungspolitik, an denen konkret weitergearbeitet wurde.*

*In der EU hat Deutschland erstmals mit den beiden nachfolgenden Ratspräsidentschaften ein Trio gebildet, welches mit einem gemeinsamen Programm über wechselnde Vorsitze hinaus die Kontinuität europäischer Politik verbessern soll. Friedenspolitisch relevante Konzeptpapiere zum Umgang mit fragilen Staaten und zum Schutz von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten werden dabei unter der aktuellen portugiesischen sowie unter der Anfang 2008 beginnenden slowenischen Präsidentschaft erarbeitet.*

### **Das Verhältnis Sicherheit und Entwicklung – eine Fortsetzungsgeschichte**

Die Planungen für den 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), aus dem auch konfliktpräventive Maßnahmen wie etwa Sicherheitssektorreformen finanziert werden, liefen bereits schon vor der deutschen Ratspräsidentschaft. Governance und Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sind dabei die wichtigsten Aktivitäten europäischer Geber (bilateral und auf Gemeinschaftsebene).

In der Planung zum 10. EEF versprach die EU Mitte 2006, mit ihrer Governance-Initiative knapp drei Milliarden Euro bereitzustellen, um die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und den Afrikanischen Peer Review Mechanismus (APRM) zu unterstützen. Es ist das Ziel des APRM, dem bisher 26 Staaten beigetreten sind, die Governance-Situation in afrikanischen Staaten genauer zu betrachten. In Ghana und Kenia wurden dabei interne Konfliktursachen offensiv angesprochen. Die Umsetzung der Reformen – bis hin zu angemahnten Verfassungsänderungen – bleibt aber bisher unklar. Auch ist die freiwillige Selbstbewertung im Rahmen der APRM nicht für alle afrikanischen Länder geeignet, wie der stark kritisierte Bericht Ruandas zeigte.

Für die Konfliktregion am Horn von Afrika hatte die EU 2006 ein Partnerschaftspapier erarbeitet, das die Konflikte der Region analysiert und Diskussionspunkte mit der AU und der Regionalorganisation IGAD aufzeigt. Die Initiative ist lobenswert und setzt richtige Akzente, weil unter anderem auch erkannt wurde, dass eine gemeinsame Problembearbeitung eine gemeinsame Problemanalyse voraussetzt. Die EU ist allerdings am Horn von Afrika nicht der einzige und wohl auch nicht der wichtigste

Akteur. Insbesondere die USA haben mit ihrem Fokus auf Terrorbekämpfung in Somalia eine eigene Agenda. Und China verfolgt starke Ölinteressen im Sudan. Dies schmälert zwar nicht die richtige Analyse der EU, bei geringer Koordination wird das Gewicht der Europäer in der Region allerdings gering bleiben.

Die Europäische Kommission finanziert inzwischen auch den institutionellen Auf- und Ausbau der Afrikanischen Union (AU) mit insgesamt 55 Millionen Euro aus dem Entwicklungsfonds. Darüber hinaus wird seit 2006 eine gemeinsame Strategie der EU mit der AU diskutiert. Neben entwicklungspolitischen und auch kulturellen Fragen (mit heftig umstrittenen Themen wie Handel und Migration) ist Sicherheitspolitik sowohl für die EU als auch für die AU besonders relevant. Auch hier engagiert sich die EU beispielsweise für die Errichtung von afrikanischen Krisenreaktionskräften. Deutlich wichtiger jedoch wird in Zukunft die Krisenvermeidung sein. Und in dieser Hinsicht gibt es Licht und Schatten: Zwar bemüht sich etwa die westafrikanische ECOWAS zunehmend um Konfliktschlichtung in ihrer

#### **Weitere Informationen**

Dr. Sven Grimm, DIE  
[Sven.Grimm@die-gdi.de](mailto:Sven.Grimm@die-gdi.de)

#### **Links & Literatur**

[Webseiten der deutschen Ratspräsidentschaft](#)  
[„Afrikas Perspektive – Europas Politik“ VENRO-Website zur EU-Ratspräsidentschaft](#)  
[Linkliste von terre des hommes und WEED zu EU-Politik](#)

Region. Andererseits war die südafrikanische SADC bisher nicht in der Lage, Zimbabwes Präsident Robert Mugabe – das Krisenelement im südlichen Afrika – zu kritisieren. Eine erwartbar vage gemeinsame Strategie der EU mit der AU wird wohl unter portugiesischer Präsidentschaft auf dem im Dezember 2007 stattfindenden EU-Afrika-Gipfel auf den Weg gebracht werden.

### **Kodex zur Arbeitsteilung**

Unter deutscher Präsidentschaft beschloss der EU-Ministerrat im Mai 2007 einen Verhaltenskodex mit elf Leitprinzipien zur Arbeitsteilung in der Entwicklungszusammenarbeit. Eckpunkte sind u.a.

- die Zahl der Schwerpunktsektoren pro EU-Geber auf Länderebene auf drei zu begrenzen,
- stärker auf die Federführung durch einen Geber vor Ort zu achten,
- sich abgestimmt auch der „Hilfswaisen“ unter den Ländern anzunehmen und
- sich in der Übernahme von Sektoren auf Länderebene abzustimmen.

Der Beschluss ist als Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich der Außenbeziehungen zu werten. Eine zunehmende Arbeitsteilung wird auch Auswirkungen auf die europäische - und bilaterale - Präsenz in Nachkonfliktländern und fragilen Staaten haben.

Grundsätzlich sollte sich Hilfe an den Prioritäten des Empfängerlandes ausrichten. Insbesondere in stark hilfsabhängigen Ländern, d.h. den am wenigsten entwickelten Ländern (Least-Developed Countries, LDCs) oder auch in Nachkriegsgesellschaften ist die Koordination der Geber eine Kraftanstrengung, zu der die schwachen Verwaltungen kaum in der Lage sind. Wenig Koordination unter Gebern führt jedoch dazu, dass einige reformfreudige Staaten mit vorzeigbaren Erfolgen als Hilfeempfänger besonders populär sind, während andere Länder als schwierig oder geopolitisch uninteressant und daher als Partner weniger attraktiv erscheinen. Und auch verschiedene Arbeitsgebiete in Partnerländern ziehen unterschiedlich starke (öffentliche) Aufmerksamkeit auf sich, weshalb es schwierig sein kann, ausreichend Hilfe für bestimmte Aufgaben zu finden.

Die Kommission ist laut Kodex unter den Gebern Gleiche unter Gleichen, und es müssen auch Geber, die nicht der EU angehören, vor Ort eingebunden werden. Die Umsetzung der (freiwilligen) Arbeitsteilung wird damit wohl ein schwieriger und ein zwischen verschiedenen Ländern sehr ungleicher Prozess. Eine Umsetzungschance für Arbeitsteilung eröffnet sich am ehesten in neu entstehenden Kooperationsfeldern wie dem Umgang mit Klimawandel. Dies kann auch – wie die EU-Analyse der Konflikte am Horn von Afrika zeigt – ein wichtiger Faktor in der Konfliktprävention sein.

Eine übergeordnete friedenspolitische Perspektive wird mit einer Arbeitsteilung nicht einfacher, aber eventuell effektiver, wenn die Akteure ein gemeinsames Verständnis erarbeiten, wie am Horn von Afrika begonnen. Eine bessere Abstimmung der nationalen Diplomaten und der Kommissionsdelegationen kann für die Wirksamkeit der EU-Außenbeziehungen sicherlich darüber hinaus hilfreich sein. Die Frage der Kohärenz europäischer Politik ist keineswegs final zu klären. Aber zumindest verbessert sich der Rahmen für Abstimmungen.

*Dr. Sven Grimm ist Politikwissenschaftler am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Er beschäftigt sich derzeit schwerpunktmäßig mit der Afrikapolitik der EU, Regierungsführung in Afrika sowie mit der Effizienz von Entwicklungshilfe.*

## FriEnt Tipps & Info

### Eldis: Praktischer Informationsdienst von und für Politik, Praxis und Wissenschaft

Für diejenigen, die sich einfach und schnell über neue Publikationen zum Themenbereich „Konflikt und Sicherheit“ informieren möchten, ist Eldis ein hilfreiches Instrument. Die Website enthält mehr als 22.000 frei zugängliche Dokumente zu verschiedenen entwicklungspolitischen Themen. Ein Bereich ist „Konflikt und Sicherheit“ gewidmet, Neuzugänge können hier nach neun Unterthemen wie z.B. Prävention gefiltert werden. Abonnenten des kostenlosen Newsletters werden regelmäßig über Neuzugänge informiert. Die Ankündigung von Veranstaltungen, Stellenangeboten und Calls for Papers runden das Angebot ab.

Eldis ist ein Informationsdienst des britischen „Institute of Development Studies“ (IDS) und wird hauptsächlich von Sida, Norad, DEZA und DFID finanziert.

#### Links & Literatur

[Eldis: Sharing the best in Development Policy, Practise and Research](#)

## Impressum

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)  
c/o BMZ, Adenauerallee 139-141  
53113 Bonn  
[www.frient.de](http://www.frient.de)

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Dr. Susanne Reiff  
Tel. +49-228-535-3245, Fax: +49-228-535-3799  
[susanne.reiff@bmz.bund.de](mailto:susanne.reiff@bmz.bund.de)

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Website bestellt werden. Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder.